

## Waltershofen gibt nicht auf

Die Zuständigkeit für die Planung des Radweges liegt beim Regierungspräsidium

**Freiburg-Waltershofen.** Der lang ersehnte Radweg zwischen Waltershofen und Gottenheim ist zunächst einmal in weite Ferne gerückt. Dies ist das Ergebnis einer kürzlich erfolgten Besprechung von Vertretern des Ortschaftsrats Waltershofen mit Vertretern des Regierungspräsidiums Freiburg sowie Bürgermeister Dr. Martin Haag aus Freiburg und Bürgermeister Christian Riesterer aus Gottenheim.



**Der Radweg zwischen Waltershofen und Gottenheim scheint im Moment in weite Ferne gerückt.** Foto: cbg

Nachdem das Thema „Planung des Radweges“ längere Zeit zwischen dem Regierungspräsidium Freiburg (RP) und der Stadt Freiburg hin- und hergeschoben wurde, steht jetzt zumindest fest, dass die Zuständigkeit für die Planung des Radweges beim RP liegt. Nun werden jedoch seitens des RP neuerliche Gründe genannt, weshalb der Radweg nicht gebaut werden kann, wie Ortschaftsrat Hans Jürgen Pfaff von der Unabhängigen Wählervereinigung in seiner Zusammenfassung anlässlich der Ortschaftsratsitzung am vergangenen Dienstag erläuterte. Zum einen wurde das Projekt in Kategorie vier und damit unterste Priorität eingestuft, zum anderen fehlen laut RP Personalkapazitäten zur Umsetzung. Das RP sieht daher keinerlei Handlungsbedarf in dieser Sache. „Am Geld liegt es offenbar nicht“, verdeutlichte Pfaff.

Die Waltershofener Ortschaftsräte zeigen sich verärgert über diese neu eingebrachte Tatsache. „Warum wurde bislang nie diese Kategorie erwähnt, trotz der vielen Schriftwechsel?“, war die Frage von Dr. Dorothea von der Ruhr von der Bürgerbewegung für Waltershofen. Und Christian Balzer wollte wissen, „was ist nun wirklich der Grund, Kategorie vier oder fehlendes Personal?“ Konkrete Antworten konnte Ortsvorsteherin Petra Zimmermann letztlich nicht geben. „Die Fakten müssen wir erst mal zur Kenntnis nehmen“, bedauerte auch Pfaff.

Dass die Stadt dem Ortsteil den Radweg mit dem Radwegekonzept praktisch versprochen hatte, betonte Barbara Fiedler, „dieses Papier ist ja letztlich komplett wertlos!“ Versprochen wurde der Radweg außerdem von Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon sowie Bürgermeister Dr. Martin Haag bei einer Ortschaftsratsitzung in Waltershofen.

Im Radverkehrskonzept 2020 der Stadt Freiburg steht „Rund um den Tuniberg kann mit dem Rad weitgehend unabhängig vom Straßenverkehr gefahren werden. Zwischen Waltershofen und Gottenheim weist das Radnetz jedoch eine empfindliche Lücke auf. Weder entlang der L 187 noch parallel hierzu gibt es eine gute Verbindung für den Radverkehr. Die Landesstraße 187 selbst stellt wegen der hohen Fahrgeschwindigkeiten des Kfz-Verkehrs und der in mehreren Kurvenbereichen ungünstigen Sichtbeziehungen sowie des schlechten Zustands der Fahrbahn für viele Radfahrerinnen und Radfahrer kein akzeptables Angebot dar.“ Daher wurde der Radweg in die „höchste Stufe“ mit kurzfristiger Umsetzung bis spätestens 2020 eingestuft. Die Krux an der Sache: Das Radwegekonzept hat die Stadt Freiburg erstellt, die für diesen drei Kilometer langen Streckenabschnitt zwischen Wal-

tershofen und Gottenheim gar nicht zuständig ist, da es sich um eine Landstraße handelt. Die Folge ist ein Kompetenzgerangel, bei dem die Radfahrer auf der Strecke bleiben.

Doch Waltershofen will dies nicht so einfach hinnehmen. „Der Ortschaftsrat hat den Bürgern diesen Radweg versprochen“, war die einhellige Auffassung. Daher will der Ortschaftsrat nun über die „Tourismus-Schiene“ versuchen, eine Lösung zu finden. Ortsvorsteher und Bürgermeister der Tuniberggemeinden sollen mobilisiert, wie auch die am Tourismus interessierten Unternehmen zu einem „Tunibergzusammenschluss“ bewegt werden. „Damit hätte der Wunsch nach dem Radweg bedeutend mehr Gewicht“, erläuterte Pfaff anhand einer gut vorbereiteten Präsentation. Waltershofen für den Tourismus attraktiver zu machen, hält auch Carola Sonne, CDU, für „einen guten Weg von dem außerdem Unternehmen profitieren könnten“. Sie schlug vor, eine Bürgerversammlung anzusetzen, in der zunächst zu schauen wäre „wie wollen wir eigentlich sein“.

Hans Jürgen Pfaff appellierte an die Ortschaftsräte, die Ortsvorsteherin in nächster Zeit in dieser Sache zu unterstützen, „da einiges an Arbeit auf sie zukommt“.

**Claudia Bachmann-Gorony**